

Hagen Weiler: Gleiche Rechte und Pflichten gegen Armut und Ungerechtigkeit

14 Thesen zu Begriffen, Aussichten und Alternativen im globalen Finanz-Kapitalismus.

1. Relative Armut beginnt unterhalb der Hälfte des mittleren Durchschnitts-Netto-Einkommens. Absolute Armut beginnt jenseits der überlebensnotwendigen Grund-Bedürfnisse (= Nahrung, Wohnung, Kleidung, Hygiene, medizinische Versorgung, Bildung).
2. Ungerechtigkeit beginnt mit der ungleichen Verteilung der Bedingungen, Mittel und Hilfen, die alle Menschen in gleicher Weise brauchen, um gemeinsam gut überleben zu können.
3. Der Industriekapitalismus war (nach den antiken Sklaven-Gesellschaften, mittelalterlichen Feudal-Ordnungen und dem staatlichen Merkantilismus) historisch unvergleichlich produktiv in der Massen-Produktion der notwendigen Gebrauchsgüter für seine Arbeiter und Angestellten, - solange die geringen Reich- und Tragweiten seiner Produktionsmittel und -Verhältnisse produktiven Wettbewerb begünstigte und so das allgemeine Wohl mehren konnte (vgl. Adam Smith, Wohlstand der Nationen 1776).
4. Ohne die notwendigen politischen Regeln und Kontrollen parlamentarisch-demokratischer Rechts-, Sozial- und Kultur-Staaten (A. Smith) verselbständigten sich:
 - . Privat-Eigentum an Produktionsmitteln,
 - . Konkurrenzen um die größten und schnellsten Gewinne,
 - . Wachstum ohne quantitative und qualitative Grenzen,
 - . Externalisierung und Sozialisierung ökologischer und sozialer Kosten,
 - . Privatisierung der Gewinne,
 - . Luxus-, Verschleiß- und Vergeudungs-Produktionen für privilegierte Minoritäten,
 - . fehlende, allgemein notwendige, energie- und rohstoffsparende Gebrauchsgüter für benachteiligte Mehrheiten.
5. Der globale Finanz-Kapitalismus zerstört seit einem halben Jahrhundert jeden Primat parlamentarisch - rechts- und sozial-staatlicher Gesamtverantwortung durch
 - . Flexibilisierungen, Deregulierungen, Privatisierung öffentlicher Aufgaben,
 - . grenzenlosen Kapital-, Güter- und Personen- (Arbeitskräfte) Verkehr,
 - . Steuerbefreiungen für internationale Kapital-Anleger.
6. Die sich gegenseitig verstärkenden Resultate gefährden die Existenz der Rechts-, Sozial- und Kultur-Staaten durch:
 - . Erschöpfung der Energie- und Rohstoff-Vorräte,
 - . Überlastung von Luft, Wasser und Böden,
 - . Millionen von Armuts-Flüchtlingen nach Bürger- und Stellvertreter-Kriegen,
 - . Überschuldungen öffentlicher Haushalte und Sozialversicherungen.
7. Bisher sind keine - systemimmanenten - Reformen erfolgt, welche die - inzwischen globalen - Überlebensgefahren hätten überwinden können:
 - . Weder haben die (Atom-)Staaten kollektive Abrüstungen ihrer Massenvernichtungs-Waffen, noch
 - . Entschuldungen ihrer Haushalte und Sozialversicherungen effektiv versucht, noch haben sie
 - . die sog. „Wertschöpfungen“ aus spekulativen Finanztransaktionen (letztlich zu Lasten der Sparer, Rentner und Steuerzahler) unterbunden und damit den weltweiten „Verteilungskampf der Multi-Milliardäre gegen die Armen“ (W. Buffett) stoppen können und wollen!
8. Dagegen lassen sich Frieden und Umweltschutz, öffentliche Entschuldungen und soziale Gerechtigkeit nur durchsetzen in einer radikal-konsequenten Alternative zum globalen Finanz-Kapitalismus.

9. Die Alternative des „Demokratischen Sozialismus“ besteht zuerst - prinzipiell gegen jede Diktatur - auf:
 - . internationalen Menschenrechten,
 - . nationalen Grundrechten,
 - . allgemeinen, gleichen Staatsbürger-Rechten und -Pflichten,
 - . Verfassungsgrundsätzen des parlamentarisch-demokratischen, föderativen, gewaltenteiligen Rechts-, Sozial- und Kultur-Staates.

10. Diese Prinzipien haben sich solange bewährt, wie sie nicht eingeschränkt wurden durch Rechtsbeugungen zugunsten von privaten Kapitalverwertungsinteressen. Deshalb brauchen die allgemeinen, gleichen Staats- und Bürgerrechte und -Pflichten ihre Vollendung und materielle Grundlage durch allgemeine, gleiche wirtschafts-bürgerliche Rechte und Pflichten. Nur so können alle lern- und arbeitswilligen Staats- und Wirtschaftsbürger direkt und indirekt über alle politischen und ökonomischen Entscheidungen mitwirken.

11. Damit ihre tragenden gleichen ideellen und materiellen Interessen am allgemeinen Wohl wie an ihrem eigenen von Anfang bis Ende gegen partei-politische und privat-geschäftliche Korruptionen durchgesetzt werden, sollen
 - . alle öffentlichen Ämter und sonstigen Leitungen nur für eine Wahl-Periode besetzt werden; (deren Inhaber sollen für die gleiche Zeit ihren Nachfolgern als Berater zur Verfügung stehen);
 - . ihr Entgelt sollen den allgemeinen, gleichen, durchschnittlichen Arbeitslöhnen entsprechen, die nach den Wachstumsraten des Brutto-Sozialprodukts berechnet werden.

12. Diese (genossenschaftliche) Staats- und Wirtschafts-Demokratie überwindet die Anachronismen individueller „Verdienst“- „Leistungs“- und „Verantwortungs“-Privilegien, die in modernen Arbeitsprozessen nicht mehr reliabel und valide zu isolieren und zu bewerten sind.

13. Hinter den Vor-Urteilen, die
 - . egalitäre Wirtschafts-Demokratie sei nicht effizient bzw.
 - . die „Natur des Menschen“ sei nur auf ihren Vorteil angelegt, stehen
 - . Trägheiten, (unbewusste) Wiederholungszwänge,
 - . Verdrängungen persönlich unangenehmer Konsequenzen,
 - . Kurz-Schlüsse von eigenen auf allgemeine Vorteile,
 - . opportune Anpassungen an Mehrheiten.

14. Primäre Träger radikal-konsequenter Reformen gegen Armut und Ungerechtigkeit können Angehörige sog. wissenschaftlicher Intelligenz werden, die bereits Entscheidungen in Politik und Kultur, Ökonomie und Technik vorbereiten und organisieren, sobald diese sich ihre Anpassungen an die herrschenden „Wertschöpfungen“ nicht mehr abkaufen lassen.

Resümee

Die Logik des Demokratischen Sozialismus erweist sich in ihrer grund-, mittel- und folgerichtigen Praxis:

Wenn alle lern- und arbeitsfähigen Menschen für das gleiche Wohl eines jeden sorgen - wie für ihr eigenes.